

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein Blick auf meine Rede vom letzten Jahr zeigt: Die Welt ist nicht zur Ruhe gekommen. Die Unsicherheiten bleiben, und die Lage ist weiterhin anspruchsvoll. Täglich sehen wir Nachrichten, die uns tief beunruhigen: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert an, Menschen sterben, Städte werden zerstört – mitten in Europa. Frieden und Stabilität sind nicht mehr selbstverständlich, auch die Partnerschaft mit den USA steht auf dem Prüfstand. Gerade deshalb müssen wir in Europa enger zusammenstehen und mit einer gemeinsamen Stimme handeln, um den globalen Herausforderungen wirksam zu begegnen. Als wirtschaftlich stärkstes Land der EU kommt uns dabei eine besondere Verantwortung zu.

Doch was haben diese weltpolitischen Entwicklungen mit unserem Haushalt zu tun? Sind das nur abstrakte Schlagzeilen? Nein, sie haben konkrete Auswirkungen auf unsere Städte und Gemeinden. Handelskonflikte, Zölle und wirtschaftliche Spannungen wirken sich auf die Lage unserer Unternehmen aus, auf Arbeitsplätze, auf die Steuereinnahmen der Kommunen, die Preise und nicht zuletzt auf das Sicherheits- und Stabilitätsgefühl der Menschen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an uns hinsichtlich der Modernisierung unserer Infrastruktur, Fortschritte bei der Klimaneutralität, mehr Krisenfestigkeit und der Erhalt unserer sozialen Standards.

Gerade deshalb kommt der kommunalen Ebene eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen vor Ort für Stabilität, soziale Sicherheit und Zusammenhalt sorgen. Eine starke Kommune schafft den Raum, in dem Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Doch dieser Gestaltungsraum gerät zunehmend unter Druck. Ein Beispiel dafür ist der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder, der ab dem kommenden Schuljahr schrittweise umgesetzt wird. Das ist ein wichtiges und richtiges Vorhaben, das Familien entlastet und Kindern bessere Chancen eröffnet. Aber Bund und Land übernehmen lediglich 68 Prozent der Kosten. Den verbleibenden Anteil müssen vor allem die Kommunen und auch die Eltern tragen. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, wird in der Realität immer wieder ausgehöhlt. Und wir können uns strukturelle Defizite, die nicht aus kommunalen Entscheidungen entstehen, schlicht nicht mehr leisten.

Die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg hat sich im Jahr 2026 weiter verschlechtert. Die Ausgaben steigen – vor allem für Personal, Sachkosten und den gesamten Sozialbereich – während die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Diese Entwicklung trifft auch unseren Ergebnishaushalt mit voller Härte. Es ist ernüchternd, wenn einer Ertragssteigerung von rund 5 Prozent eine Aufwandssteigerung von über 9 Prozent gegenübersteht. Kein Wunder also, dass wir den Ergebnishaushalt mit einem negativen Ergebnis abschließen. Mit einem Aufwandsdeckungsgrad von ca. 95% kann und darf es nicht weitergehen. Das ist ein eindeutiges Warnsignal.

Wir sind deshalb erleichtert, dass der Kreistag die Kreisumlage nur moderat um einen Prozentpunkt auf nun 33 Prozentpunkte angehoben hat. Dennoch bedeutet diese Erhöhung für uns in Oberderdingen im Gesamten eine zusätzliche Belastung im Vergleich zum Haushalt 2025 um etwa 1,5 Millionen Euro – bei einem Gesamtdefizit von 1,92 Millionen Euro. An dieser Stelle zitiere ich gerne unseren Landrat, der treffend formuliert hat: „Wir können gar nicht so viel sparen, wie andere unser Geld ausgeben.“

Dass dieser Satz leider Realität ist, zeigt ein Blick auf den Kreishaushalt: Rund 60 Prozent der Ausgaben im Jahr 2026 fließen in den Sozialetat – in Schulbegleitung, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe und Jugendhilfe. Bitte nicht missverstehen, das sind alles wichtige Bereiche, deren Kosten aber in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sind und tendenziell schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung. Das setzt den finanzpolitischen Spielraum zunehmend unter Druck. Umso wichtiger ist es, dass das Land die finanzielle Schieflage der Kommunen zumindest teilweise anerkannt hat und für die Jahre 2025 und 2026 zusätzlich 550 Millionen Euro über den Finanzausgleich bereitstellt, um die kommunalen Haushalte kurzfristig zu stabilisieren. Diese Unterstützung ist richtig und notwendig. Doch selbst mit diesen Mitteln bleibt ein erheblicher Fehlbetrag bestehen.

Bereits im vergangenen Jahr haben wir den Kämmerer mit dem Wort „Sparen“ zitiert – und auch diesmal steht im Vorbericht der Finanzverwaltung sinngemäß: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“. Wir wissen, dass unsere Verwaltung diesen Anspruch ernst nimmt. Sie handelt verantwortungsvoll, spart dort, wo es vertretbar ist, und investiert dort, wo es notwendig bleibt. Das haben auch die Haushaltsvorberatungen gezeigt.

Gemeinsam haben wir Entscheidungen über maßvolle Gebührenanpassungen getroffen und haben vereinbart, unsere Unternehmen in der aktuellen Situation nicht zusätzlich mit einem höheren Gewerbesteuerhebesatz zu belasten. Obwohl man auch festhalten muss, dass sie durch die Grundsteuerreform profitierten. Wir sind froh, dass wir unsere Vereinsförderung und andere freiwillige Leistungen nicht zurückfahren mussten. Denn genau diese Angebote machen unsere Gemeinde lebenswert: die Mediathek, die Freibäder, der Jugendtreff, die Vereinsförderung, die kulturelle Vielfalt und unsere starken Bildungs- und Betreuungsangebote. Sie stiften Gemeinschaft, fördern Bildung, Gesundheit und Teilhabe. Sie sind das Herz unserer kommunalen Lebensqualität.

Doch wir müssen ehrlich bleiben: Der finanzielle Spielraum schrumpft, wir spüren noch keine Erholung und werden uns damit auseinandersetzen müssen, welche Standards wir, auch angesichts des demografischen Wandels, dauerhaft erhalten können. Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen, denn verteilt werden kann nur, was wir gemeinsam erwirtschaften.

Trotz all dieser Herausforderungen im Ergebnishaushalt – trotz des negativen Ergebnisses, steigender Pflichtausgaben und einer geringeren Steuerquote dürfen wir den Blick nicht nur auf die Hindernisse richten. Unsere Aufgabe ist es, die Chancen und Potentiale rechtzeitig zu erkennen und optimal zu nutzen und eine positive Perspektive vorzugeben. Obwohl die Realisierung von Investitionsmaßnahmen immer schwieriger wird, darf gerade die öffentliche Hand nicht still stehen. Dies sichert die Wirtschaft in der Stadt und in der Region und sichert damit Arbeitsplätze. In stürmischen Zeiten gelingt Fortschritt nur gemeinsam, und genau deshalb verfolgen wir ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Richtung.

Der Fokus liegt dabei im Haushaltsjahr 2026 auf wichtigen Zukunftsthemen der Bildung und Kinderbetreuung sowie der Modernisierung unserer Infrastruktur und Gebäude, die uns noch weitere Jahre beschäftigen wird. Wir stellen den Kindergarten Bimmelbahn in Flehingen sowie die 2 Krippengruppen in Oberderdingen fertig und bereiten den Neubau in Großvillars vor.

Wir gehen die Erweiterung der Realschule an, die Sanierung der Laufbahn und wollen mit dem Neubau einer 2-Feld Sporthalle am Oberderdinger Schulzentrum beginnen. Wir hoffen hier auf positive Bescheide aus dem Sportförderprogramm des Landes und dem Ausgleichsstock und wollen zudem anteilige Mittel aus dem LukifG-Programm einsetzen.

Die Stadtentwicklung mit den Landessanierungsprogrammen werden fortgeführt, Straßen instand gesetzt und wir betreiben weiterhin ein aktives Grundstücksmanagement. Wir investieren gezielt in eine verlässliche Infrastruktur der Wasserver- und Abwasserentsorgung, erstellen benötigten Wohnraum vorrangig im Innenbereich über unsere Kommunalbau GmbH, bieten attraktive Flächen für Gewerbe- und Industriebetriebe und forcieren das Thema Windenergie. Das ist notwendig um unsere kommunale Steuerkraft zu sichern und zusätzliche Einnahmequellen durch Beteiligungs- und Pachteinnahmen zu erschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir stehen heute in einer finanziell herausfordernden Zeit für die Kommunen. Die Ursachen habe ich erläutert. Auch unsere Kommune bleibt davon nicht verschont. Unser Ergebnis ist aber keinesfalls Ausdruck fehlender Haushaltsdisziplin, sondern eine Folge der gleichen Entwicklungen, die Kommunen im ganzen Land treffen. Die Schere zwischen Pflichtaufgaben und ihrer Finanzierung geht weiter auseinander, und wir geraten zunehmend in eine Zerreißprobe. Doch es liegt an uns, ob wir in einer Zeit wachsender Herausforderungen den Rückwärtsgang einlegen - oder den Mut haben, nach vorne zu gehen.

Lassen Sie uns deshalb den Haushaltsbeschluss nicht als Endpunkt sondern als Arbeitsauftrag verstehen: als Verpflichtung, unter schwierigen Bedingungen kluge Prioritäten zu setzen, Chancen zu erkennen und unsere Kommune gemeinsam zukunftsfest zu machen.

Ein erstes ermutigendes Signal ist, dass das Haushaltsjahr 2025 voraussichtlich besser abschließen wird, als wir ursprünglich angenommen haben. Für die Bewertung der tatsächlichen Finanzlage ist es umso wichtiger, die noch offenen Jahresabschlüsse im Laufe des Jahres 2026 zu erhalten. Wir werden die Verwaltung hier beim Wort nehmen.

Unser Dank geht an unseren Kämmerer Dieter Motzer und seinen Stellvertreter Marco Kremser samt Team für die Aufstellung dieses umfangreichen Planwerks. Ebenso an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit und an alle Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für das konstruktive Miteinander.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!